

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Dresden: Stadthaus Dresden, Stroßstraße Dresden Nr. 656
Postfach-Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoppitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner, beide in Dresden.

Erste Ausgabe täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel- | Anzeigen werden die 6-spaltigen Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltigen Zeile
blenden Lagen, Ausalter u. neuer Zeit, Boden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus | mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50 %
monatlich 2.2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich 2.2.20. Für Fälle hoh. Gewalt, | Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen
Streit, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der | der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird
Zeitung od. Rückzahl. d. Leihgeldes. Druck: Clement Landgraf Nachf., Dresden-Friedl. | keine Gewähr geleistet. Inseratentbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig.
Zu unterm. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch | Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitenspreis in Anwendung
Fehler, aufgegeben werden, kann wir eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernehmen | gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verpfl. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
93. Jahrgang

Nr. 71

Mittwoch, den 25. März

1931

Reichstagsarbeit im Geschwindschritt

Schlussabstimmungen über den Reichshaushalt

Gestern begann im Reichstag die dritte Beratung des Reichshaushalts für 1931. Von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, des Landvolks und der Volkspartei ist hierzu der

Spätermündigungsantrag eingegangen, der die Regierung Brünning ermächtigt, Ausgaben bis zur Höhe der Reichsausgaben oder Mindereinnahmen abzugeben.

Namens der Reichsregierung erklärt sich der Reichsfinanzminister Dietrich mit diesem Antrag einverstanden.

Bei der 3. Beratung des Haushalts des Außenministeriums gab der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitfeld eine Erklärung ab, in der er behauptet, er halte es nicht für angebracht, jetzt in eine sachliche Beratung des mit Österreich abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens einzutreten. Man könne aber gegenüber dem Ausland feststellen, daß weder der deutschen, noch der österreichischen Regierung der Vorwurf zu machen sei, sie hätten dabei vertraglich übernommenen Verpflichtungen zuwidergehandelt. Seine Freunde hätten aber eine erste Bemerkung zu machen über die Behandlung des Reichstags in dieser Angelegenheit. Der Reichstag sei nicht dazu da, immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wurde bewilligt. Gleichfalls wurden bewilligt und zwar ohne Aussprache der Haushalt des Arbeitsministeriums, des Reichstags, des Reichspräsidenten, der Reichsfinanzlei, des Ernährungsministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Reichswehrministeriums bis auf einzelne Bestimmungen, die zurückgestellt wurden. Schließlich genehmigte der Reichstag noch den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, ebenso den Besondereinsetzungsetz und den Haushalt der Reichsschuld.

Auf Mittwoch zurückgestellt ist die 3. Beratung der Etats des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und der Kriegskosten, sowie des Haushaltsgebiets. Dazu ist von den Sozialdemokraten inzwischen eine Entschließung eingegangen, die verlangt, daß die Bezüge der Mitglieder des Reichsbanddirektoriums und der leitenden Reichsbahnbeamten den Gehältern der entsprechenden Reichsbeamten angeglichen werden.

Das Gesetz über den Waffennikbrauch wurde in zweiter Beratung angenommen.

Zur Frage des Genfer-Vertrages beantragte der Verkehrsaußenminister eine Entschließung, in der die Regierung aufgefordert wird, wegen dieses Vertrages sofort das Reichsbahngericht anzurufen. Die Abstimmungen über diesen Punkt wurden zurückgestellt. Es erfolgte die 2. Beratung des Hilfsgesetzes und der damit verbundenen Vorlagen. Hierauf führte Reichsminister Treviranus u. a. aus, es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der Hilfsmassnahmen möglichst umfangreich auszudehnen, sobald die Erleichterungen der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierfür eröffnen. Trotz schwerer berechtigter Bedenken habe sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Einnahmen aus der Industrie-Aufbringungsumlage für die nächsten Jahre zu verzichten. Dadurch

sei es möglich, der Industriebank ein Zweckvermögen von 500 Millionen RM. zur Abwendung der landwirtschaftlichen Personalschulden in den östlichen Gebieten zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus sollten 200 Millionen RM. durch Schuldverschreibungen der Industriebank

im Laufe der Jahre angeschafft werden. Das Inkrafttreten dieser Entscheidung habe die parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts und das Gelingen der Vorfinanzierung der Kapitalbeträge der Bank voraus.

In der sich anschließenden Aussprache nahm Treviranus abermals das Wort, um die Osthilfepläne des Geheimrats Jüngerer namens der Regierung auf das Schicksal abzugeben.

Bermittlungsvorschläge zur Zollvorlage

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags hat gestern nachmittags seine Sitzung mehrfach unterbrochen, um neue Verhandlungen zwischen den Parteien zu ermöglichen. Nach der ersten Unterbrechung legten Zentrum, Volkspartei und Staatspartei gemeinsam einen Vermittlungsvorschlag zur Zollvorlage vor, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden soll, eine Erhöhung des Brotpreises über den Durchschnitt der letzten sechs Monate (nach Maßgabe der Preisbildung in den fünf größten deutschen Städten) zu verhindern. Ferner soll — ein Entgegenkommen gegen die sozialdemokratischen Wünsche — die Reichsregierung zwar zur Veränderung der landwirtschaftlichen Zölle, nicht aber der Industriezölle ermächtigt werden. Von dieser Ermächtigung soll sie nur mit Zustimmung des Reichsrates Gebrauch machen dürfen. Änderungen von Handelsverträgen sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben, ohne daß der Reichsrat hier mitzuwirken hätte. Die Ermächtigung soll bis zum 31. März 1932 gelten. Die Zollermächtigung soll nur der Regierung Brünning erteilt werden.

Sechs parlamentslose Monate

Wie wir erfahren, ist es dem Reichszanzler am Dienstag gelungen, die Frage der Reichstagsvertretung bis zum Herbst in Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten und maßgebenden Parteiführern zur allseitigen Zufriedenheit zu bereinigen. Das Haus wird sich nach Schluß der dritten Lesung des Reichshaushalts auf den 13. Oktober vertagen, was nicht bezagen will, daß nicht doch eine frühere Einberufung des Reichstags möglich wäre, wenn sie sich als notwendig erweisen sollte. Die Mehrheit des Reichsrates kann jederzeit eine frühere Einberufung des Reichstags verlangen. Im übrigen hofft man, mit den Arbeiten des Reichstags am Freitag zu Ende kommen zu können.

Das Reich garantiert die Russen-Aufträge

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit der Frage der Garantierung der Russenaufträge. Damit diese Aufträge von der deutschen Industrie nunmehr ausgeführt werden können, beschloß das Kabinett, die erforderlichen Garantien zu gewähren. Jedoch soll dies nicht im Rahmen einer allgemeinen großen Garantie geschehen, sondern der Finanzlage des Reiches entsprechend nur von Fall zu Fall. Die im Etat enthaltene Garantiermächtigung, die für das Auslandsgeschäft in Frage kommt, erstreckt sich auf einen Betrag von 350 Millionen Mark.

Ungenügende Entlastung des Arbeitsmarktes

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1.—15. März war infolge der ungünstigen Witterung in der ersten Hälfte des März auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Stagnation eingetreten. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß Anzeichen einer vorläufig allerdings noch schwachen — Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit auch weiterhin bemerkbar sind. Eine sichtbare Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt wird jedoch in vielen Berufsgruppen noch durch die umfangreiche Kurzarbeit hinausgezögert, die bei einer Besserung des Beschäftigungsgrades zunächst bis zu einem gewissen Maße aufgefressen wird. Von den verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. März bei den Arbeitsämtern einge-

tragen waren, waren rund 4 980 000 als arbeitslos anzusehen.

Sie möchten, aber Sie dürfen nicht

Als eine große Berliner Zigarettenfabrik beim Steueramt Banderolen für eine von ihr hergestellte kleine „Russen“zigarette anforderte, deren Preis sie trotz der neuen Belastungen nicht erhöhen wollte, erwiderte das Steueramt, daß die billigsten Banderolen 3 Pf. kosteten. Unter diesem Preis würden keine Steuerzeichen abgegeben. Auf eine Rückfrage im Reichsfinanzministerium wurde der Zigarettenfirma erwidert, es könnten unter keinen Umständen Ausnahmen gemacht werden. Die Firma wird also gezwungen, 50 Prozent mehr für die Zigarette zu verlangen, als nötig ist.

Das Thema des Tages: Der Abbau der deutsch-österreichischen Zollmauer

Eine Standpauke für Frankreich

Der Manchester Guardian begrüßt durchaus das neue deutsch-österreichische Zollabkommen, weil es den Weg zu einer allgemeinen Herabsetzung der Zölle in Europa eröffnet. Es sei zu hoffen, daß Henderson sich in Paris für die volle Anwendung der von Deutschland und Oesterreich gemachten Zusagen einsetzen werde, das Abkommen auch auf andere Länder auszudehnen.

Ein außenstehender Beobachter müsse durch die Haltung einer Regierung wie der französischen gänzlich verwirrt werden, die zuerst mit aller Beredsamkeit den schrittweisen Abbau einer europäischen Zollvereinigung befürworte, dann aber ärgerlich protestiere, sobald der erste kleine Schritt gemacht würde.

Die französischen Einwendungen seien natürlich politisch und ergeben sich aus dem törichtesten Geist, der in den Friedensverträgen und in dem Genfer Protokoll über die österreichische Völkerverbündnisse enthalten sei.

Ruhig Blut! — mahnt England

Wie in Paris zuverlässig verlautet, soll der englische Außenminister Henderson dem deutsch-österreichischen Abkommen gegenüber eine sehr ruhige und vermittelnde Haltung einnehmen. Auf jeden Fall geht der englische Standpunkt dahin, alles zu vermeiden, was irgendwie nach Ueberstürzung aussieht.

Tschechische Beklemmungen

Außenminister Beneš nahm gestern vor den Vertretern der tschechischen Regierungspresse zu dem deutsch-österreichischen Abkommen Stellung. Er erklärte, die Zollunionabsichten Deutschlands und Oesterreichs verstoßen zweifellos gegen den Vertrag von St. Germain und gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922. Die Tschechoslowakei warte ab. Es werde nichts so heiß gesehen,

wie es gekocht werde. Die Aktion sei heute nicht so ernst zu nehmen; sie könne es aber in einigen Jahren werden, wenn Deutschland wirtschaftlich erstarbt sein sollte. Die Tschechoslowakei müsse sich darauf vorbereiten. Das künftige Ziel ihrer Außenpolitik müsse dahin gehen, sich für diese Zeit zu rüsten und die politische kleine Entente auch zu einem wirtschaftlichen Verband auszubauen. Die künftige Wirtschaftspolitik sei für die Tschechoslowakei eine Schicksalsfrage.

Rumänien läßt sich nicht einfangen

Der französischfreundliche Teil der rumänischen Presse beginnt im großen Ausmaß gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen Sturm zu laufen und versucht, die Angelegenheit auf politisches Gebiet zu schieben. Die übrige Presse verhält sich neutral und bewahrt wohlwollende Zurückhaltung.

Der tschechische Gesandte sprach erneut im Bukarester Außenamt vor und versuchte, Rumänien zum Anschluß an eine Aktion der kleinen Entente zu bewegen. Außenminister Nitulescu antwortete ablehnend.

Vom Zollpakt überhattet tagt der Europa-Ausschuß

Zwar hat der französische Außenminister Briand in seiner Begrüßungsansprache gelegentlich der gestern eröffneten Tagung des Organisationsausschusses des Europa-Komitees in Paris den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion mit keiner Silbe erwähnt. Kein Zweifel aber, daß dieser Plan trotzdem den Hauptgegenstand der Erörterungen bilden wird, die neben den eigentlichen offiziellen Verhandlungen gewissermaßen privat emhergehen. Briand wird zweifellos alle seine Ueberredungskünste spielen lassen, um seinen englischen Kollegen Henderson für seine Auffassung zu gewinnen, wonach der deutsch-österreichische Plan zum französischen Boneuropa-Memorandum vom 1. Mai 1930 in Widerspruch stehe. Die französische Regierung wird namentlich von Prag her scharf gemacht, und wenn der französische Gesandte in Prag sich auf den Wunsch Benešs hin zur Berichterstattung nach Paris begibt, so hat das seine besondere Bedeutung.

Mißglückter kommunistischer Vorstoß auf Landtagsauflösung

Sitzungsvertagung wegen Beschlußunfähigkeit

Dresden, 24. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.-Part.) eine Erklärung ab, die sich gegen die Art der Abstimmung in der letzten Sitzung wendet. Die Wirtschaftspartei betont, daß die Annahme ihres Antrages zu § 8 der Vorlage 17 ordnungsgemäß zustande kam und daß der Landtag einstimmig diesen wirtschaftsparteilichen Abänderungsantrag zu § 1 angenommen, also beschlossen habe, daß § 1 des Gesetzes mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 ab in Kraft treten sollte. Die Fraktion der Wirtschaftspartei erwartet, daß die verantwortlichen Organe des Landtags der Regierung das vom Landtag beschlossene Gesetz in der Fassung übermitteln, wie es während der ordentlichen Abstimmung verabschiedet worden ist, also mit dem genehmigten Abänderungsantrag der Wirtschaftspartei zu § 8. Sie erwartet von der Verantwortlichkeit der Regierung, daß sie das Gesetz so verhandelt, wie es ordnungsgemäß beschlossen worden ist.

Der Präsident erklärt, daß sich der Kellerrat mit der Sache beschäftigen werde.

Abg. Dr. Hänger (DVP.) erklärt für den Rechtsausschuß, daß die Regierung den Gesetzesentwurf über die Ablösung gewisser Markanteile der Gemeinden auf Wunsch von Parteien noch einmal zurückschicken hat und sie einen neuen Entwurf einbringen wolle.

Abg. Renner (Kom.) stellt den Antrag, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung einen Antrag über Auflösung des Landtags zu setzen. Unter allgemeiner Beifriede wird dem nicht widersprochen und die Beratung beschlossen.

Abg. Renner (Kom.) begründet sodann in langen Ausführungen den Antrag und bekommt dabei drei Ordnungsrufe.

Abg. Studenski (Ratso.) erklärt in der Aussprache, daß seine Partei für den Auflösungsantrag stimme.

Der Antrag wird in sofortiger Schlussberatung, und zwar durch namentliche Abstimmung, abgelehnt. Für den Antrag stimmen außer den Antragstellern nur die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen.

Das Haus beschließt sodann einstimmig die Finanzgriffnahme von Bantzen, die im ordentlichen Etat für 1931 vorgesehen sind.

Innenminister Richter

begründet kurz die Regierungsvorlage über die Übernahme von Beamten des Reichswasserfahrs in den sächsischen Staatsdienst.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß A überwiesen.

Finanzminister Dr. Hedrich

begründet die Regierungsvorlage über Änderung des Gesetzes über die Steuer- und Gebührenfreiheit von Wohnungsbauten

und stellt sofortige Schlussberatung in Erwägung.

Abg. Anhu (Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der sich mit der gleichen Sache befaßt. Der sozialdemokratische Antrag will die Befreiung von der Grundsteuer für Wohnungs-1924 bis zum 31. Dezember 1934 bezugsfertig geworden sind, während die Regierungsvorlage diesen Zeitraum nur bis zum 31. März 1931 ausdehnt wissen will.

Abg. Kiehlung (Wirtsch.) begründet einen Ergänzungsantrag zur Regierungsvorlage, der fordert, daß die Vorschriften des Gesetzes auf solche Wohnungen Anwendung finden sollen, die 150 Quadratmeter nutzbare Wohnfläche nicht überschreiten. Gewerbliche Räume und landwirtschaftlich benutzte Wirtschaftsräume, die gleichzeitig mit einer Wohnung hergestellt werden und mit ihr in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sollen als Teile der Wohnung gelten, wenn sie 75 Quadratmeter (bei Wirtschaftsräumen 50 Quadratmeter) nutzbare Fläche nicht überschreiten.

Finanzminister Dr. Hedrich spricht gegen den Ergänzungsantrag.

In der Abstimmung wird der wirtschaftsparteiliche Ergänzungsantrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Danach findet die ganze Vorlage einstimmige Annahme. Der sozialdemokratische Antrag ist damit erledigt.

Abg. Mehle (Soz.) berichtet für den Haushaltsausschuß A über einen sozialdemokratischen Antrag der

Gewährung eines Staatskredits von 1 Million Mark für Einrichtungen der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege.

In der Aussprache tritt Abg. Diekmann (DVP.) für einen im Ausschuss beschlossenen Mehrheitsantrag ein, der verlangt, daß in besonderen begründeten Fällen Staatskredite zur Verfügung gestellt werden sollen, sofern ein geordneter Zinsen- und Rückzahlungsdienst sichergestellt werden kann.

Die Regierung läßt durch Finanzminister Dr. Hedrich erklären, daß es unmöglich ist, einen Betrag von 1 Million Mark in den Haushaltsplan einzustellen. Dem Mehrheitsbeschuß des Ausschusses kann die Regierung Erfüllung geben, aber nur insoweit, als besonders begründete Notfälle vorliegen. Weiter heißt es in der Regierungsberichterstattung:

Die Beschaffung größerer Mittel für den bezeichneten Zweck ist nach Lage der Sache unmöglich. Die Regierung hat bereits darauf hingewiesen, daß langfristige Kredite zur Deckung des Bedarfs des außerordentlichen Etats gegenwärtig überhaupt nicht zu erhalten sind. Aber auch kurz- und mittelfristige Kredite sind nur äußerst schwer zu bekommen.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß keine großen Hoffnungen auf eine umflossene Hilfe gemacht werden können.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.) erklärt, daß seine Fraktion bereit ist, dem Mehrheitsantrag des Ausschusses zuzustimmen. Einmal erstellte sportliche Anlagen müssen auch erhalten werden. Aber es ist doch zu betonen, daß man manchmal recht schnell und unvorsichtig bei der Errichtung von sportlichen und anderen Anlagen zum Zwecke der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege vorgegangen ist.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Siegel (Komm.) und Wehle (Soz.) wird die Abstimmung vorgenommen. Der Mehrheitsantrag des Ausschusses wird angenommen, die Minderheitsanträge finden Ablehnung. Vorliegende Eingaben werden als erledigt erklärt.

Abg. Ferkel (Soz.) begründet einen Antrag seiner Fraktion auf

Befreiung von nichtunterstützten Arbeitslosen von der Bürgersteuer.

Nach Ausführungen des Abg. Mühl (Komm.) erklärt die Regierung durch Innenminister Richter, daß eine Befreiung nur durch rechtsgesetzliche Regelung vertreten kann. Abg. Kunz (Ratso.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie und tritt für einen Antrag seiner Fraktion ein, die Gemeinden anzuweisen, Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen, von der Steuer zu befreien. Dieser Antrag wird angenommen. Damit ist der sozialdemokratische Antrag erledigt.

Abg. Breitenborn (Komm.) begründet einen Antrag seiner Fraktion wegen der

Unterstützung der Tabakarbeiter,

die in Auswirkung der Rotverordnung der Reichsregierung arbeitslos geworden sind.

Abg. Stegnoth (Soz.) begründet einen Antrag seiner Fraktion zur gleichen Sache.

Nach kurzen verwaltungsrechtlichen Ausführungen des Innenministers Richter und Schlussworten der Abg. Breitenborn (Komm.) und Stegnoth (Soz.) wird der kommunistische Antrag angenommen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß alle Arbeiter des Tabakgewerbes, die durch die Rotverordnung arbeitslos werden, die vorgesehene Entschädigung erhalten. Die angeforderten Summen sollen bei der Reichsregierung angefordert werden, um die Gewährleistung von Unterhaltungen sicherzustellen. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt.

Abg. Kauffach (Soz.) begründet hierauf den Antrag seiner Partei, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die zollfreie Wiedereinführung von Gefrierfleisch in der früher zugelassenen Menge von mindestens 50 000 Tonnen zugelassen werde. Der Redner weist darauf hin, daß breite Schichten der Bevölkerung durch das Verbot der Gefrierfleischzufuhr besonders hart getroffen seien. Ein Viertel der gesamten Bevölkerung sei gezwungen, von offener Unterhaltung zu leben, die nicht ausreicht, um Gefrierfleisch zu kaufen. Unterernährung sei die Folge der Abdrockung der Fleischzufuhr.

In einem weiteren sozialdemokratischen Antrag wird der sächsische Regierung wegen ihrer Stellung im Reichsrat in der Frage der Gefrierfleischzufuhr die Mißbilligung der Partei ausgesprochen und die sächsische Regierung beauftragt, den im Reichsrat angenommenen sozialdemokratischen Anträgen, die Einkommen über 20 000 RM. jährlich und die Aufsichtsratsanteile stärker zu besteuern, im Reichsrat ihre Zustimmung zu geben. Dierzu liegt ein nationalsozialistischer Zusatzantrag vor, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß der Erlös aus der Tabaksteuer- und Dividendensteuer lediglich zur Verbilligung von Gefrierfleisch verwendet werde, darüber hinaus aber bei der Reichsregierung zu beantragen, noch weitere Mittel für den gleichen Zweck zur Verfügung zu stellen und von sich aus unbeschadet der Regelung durch die Reichsregierung sofort Mittel zur Verbilligung von Gefrierfleisch zur Verfügung zu stellen, diese Mengen verbilligten Fleisches nur an Unterhaltungsanstalten und sonstige Fürsorgeberechtigte zur Verteilung gelangen zu lassen.

Ein Entschuldigungsantrag der Staatspartei verlangt, daß die sächsische Regierung bei der

Reichsregierung wegen beschleunigter Durchführung der Verbilligung des Gefrierfleisches vorstellig wird.

Zwei kommunistische Anträge verlangen von der sächsischen Regierung, den Vertreter Sachsens im Reichsrat anzuweisen, für die Einführung des zollfreien Gefrierfleisches und die Erhöhung des Kontingents einzutreten.

Ministerpräsident Siegel erklärt: Die Reichsregierung hat zur Rettung der Landwirtschaft ein umfassendes Agrarprogramm als einheitliches Ganzes aufgestellt. Dieses Programm wird aber in einem wesentlichen Punkte durchkreuzt, wenn das Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleischzulassung aufgehoben wird. Diese Menge ist für die Absatzverhältnisse, namentlich der kleineren Bauernwirtschaften, nicht bedeutungslos. An Fleisch fehlt es in Deutschland nicht, deswegen dürfen wir auch der deutschen Volkswirtschaft das Kapital, was für das Gefrierfleisch ins Ausland geschickt wird, nicht entziehen.

Die Regierung hat den Wunsch, der Bevölkerung Gefrierfleisch zu erschwinglichen Preisen zu geben.

Das ist nicht möglich, wenn man die Einfuhr von Gefrierfleisch zuläßt, sondern es geht nur auf dem Wege der Verbilligung des Gefrierfleisches. Die Reichsregierung hat bereits der Weg zur Erreichung des Zieles beschritten.

Die Erhöhung der Einkommensteuer lehnt der Ministerpräsident ab. Sollte die Einkommensteuer erhöht werden, so müsse man eben die

Von Bordeaux bis Odessa sollte der mitteleuropäische Wirtschaftsblock reichen

Bei einer Rundgebung des bayerischen Industriellenverbandes am Dienstag hielt der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, ein Referat über Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie. Er erklärte: Eine Neuregelung der Reparationen könne nur erfolgreich sein, wenn unsere inneren Verhältnisse so konsolidiert seien, daß sie einem längeren Verhandlungszeitraum gewachsen sein. Die deutsche Landwirtschaft müsse sich auf Veredelungsproduktion umstellen, um wieder zur Rentabilität zu gelangen.

Zur Behebung der Absatznot sei die Einschränkung des Arbeitslosenheeres und die Steigerung der Kaufkraft der industriellen Arbeitermassen notwendig.

Zur Behebung der industriellen Produktion sei eine Senkung der Selbstkosten unerlässliche Voraussetzung. Zur Beseitigung unserer privaten Verschuldung und der Abhängigkeit vom Auslandskapital müsse die Kapitalbildung im Inland gefördert werden. Wir müßten für die Überzeugung von der Unmöglichkeit der Kriegsschuldenregelung im Ausland werben und die Ausfuhr forcieren. Die widersinnigen Zollschranken in der Welt müßten beseitigt werden.

Statt der Enge des nationalen Wirtschaftsraumes seien übernationale Wirtschaftsräume anzustreben.

Im Südosten bahne sich hier eine aussichtsreiche Entwicklung an. Zur endgültigen Regelung des europäischen Problems müsse ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa als Markt für Europa geschaffen werden. Die Völker Mitteleuropas hätten zu wählen zwischen Errichtung einer besseren Zukunft des Vertrauens zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenwärtigen Zerissenheit, in der sie eine willkommene Angriffsfläche für fremde Rassen und fremde Mächte bieten.

Das wird nicht Belgiens letztes Wort sein

Der belgische Außenminister Symans erklärte im Senat unter Bezugnahme auf die bekannte Reichstagsentscheidung über die Rückgabe von Eupen und Malmedy an Deutschland: diese Entschädigung habe in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregt. Obwohl die Wiederaufnahme dieser Angelegenheit bedeutungslos sei, könne sie keine Beunruhigung hervorrufen. Belgiens Recht auf Eupen-Malmedy sei gesichert und unbeeinträchtigt. Deutschland habe freiwillig den Weimpast abgeschlossen und sich verpflichtet, den territorialen Status Quo, wie er im Vervaischer Vertrag vorgelesen ist, aufrecht zu erhalten. Jeder Anspruch über Grenzveränderungen werde von Belgien abgelehnt werden.

Polen legt sich einen „Großen Rat“ zu

Dem regierungsfreundlichen Warschauer „Kurjer Czernowoz“ zufolge wird während der Osterferien des polnischen Parlaments von den führenden Männern des Pilsudski-Lagers ein sogenannter „Großer Rat“ des unparteilichen Blocks ins Leben gerufen werden, der sich offenbar nach dem Muster des Großen Sachsischen

grundständlichen Bedenken einmal zurückziehen. Wenn es gelingt, für die geforderten drei Millionen RM. für Rinderpestimpfungen hinreichende Deckung zu finden, würde die sächsische Regierung gern zustimmen. Die weitere Aussprache bringt keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte. Während des Schlusswortes des Abg. Renner verließen die bürgerlichen Fraktionen und die Nationalsozialisten den Saal, anschließend um das Haus beschlußunfähig zu machen. Bei den Schlussausführungen des Abg. Kauffach (Soz.) ereignete sich ein Zwischenfall. Der Redner sprach die Vermutung aus, daß die deutschen Industriellen bei ihrem Besuch in Moskau Veranlassungen getroffen hätten, durch die das Lohnniveau der deutschen Arbeiter noch mehr herabgedrückt werden könnte. Von den Vätern der Kommunisten schallen erregte Zwischenrufe. Präsident Weckel weist den Abg. Renner aus dem Saal und wiederholt, da dieser den Saal nicht verläßt, die Verweilung; ebenso spricht er gegen den Abg. Siedermann aus. Da die beiden Abgeordneten aber immer noch im Saal bleiben, unterbricht der Präsident durch Verlassen seines Stuhles die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Präsident mit, daß der Abg. Renner von der heutigen und fünf weiteren Sitzungen, der Abg. Siedermann von der heutigen Sitzung ausgeschlossen ist. Der Präsident stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses fest und gibt bekannt, daß die nächste Sitzung vom Kellerrat einberufen wird.

States nicht nur auf Parlament und Politik beschränkt wird, sondern sämtliche pilsudki-freundlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbände, sowie Sport- und andere Vereine umfassen soll.

Und wir sollen schutzlos bleiben?

Die „Gazeta Warszawska“ gehört zu den oppositionellen polnischen Zeitungen. Ihre Meldungen sind deshalb, soweit sie innerpolitische polnische Fragen betreffen, zweifellos der Wahrheit entsprechend. Nach der Feststellung dieses Blattes verfügt Polen gegenwärtig über 12 Hochseetorpedoboote modernster Bauart, aber 3 Torpedobootzerstörer und einen modernen leichten Kreuzer. Drei leichte Kreuzer befinden sich auf transatlantischen Werften im Bau, desgleichen 12 Unterseeboote. Fünf Unterseeboote sind bereits seit längerer Zeit im aktiven Marinedienst. Diese überaus große polnische Hochseeflotte wird durch 4 Monitore, 5 Kanonenboote und 26 armierte Flugboote ergänzt. Außerdem untersteht dem Marineamt ein Regiment von Wasserflugzeugen, das in Gdingen stationiert ist. Es zählt im ganzen 60 Erfindungs- und Bombenflugzeuge, darunter acht Bombenflugzeuge nach dem neuesten französischen Modell.

Die Sicherung der deutschen Seeverbindungen zwischen dem Mutterlande und dem abgetrennten Ostpreußen erscheint dieser polnischen Flotte gegenüber als eine äußerst dringliche Aufgabe.

König Alfons soll sich „vorübergehend“ zurückziehen

Die Führer der spanischen Konstitutionalisten haben einen Aufruf veröffentlicht, in dem vorkommende Cortes als einzige Lösung zur Verhinderung der Anarchie bezeichnet werden. Sie erklären, falls sie mit der Regierungsbildung beauftragt würden, würden sie sofort eine politische Amnestie erlassen. Ferner wird eine neue Verfassung, die sofortige Abhaltung allgemeiner Wahlen und die Einführung des Einkammer-Systems gefordert. Der König soll seine Vorräte für einige Zeit niederlegen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß dieses keine Erniedrigung für die Krone bedeuten solle, für das Wohl Spaniens aber erforderlich sei.

In Peru schlagen sie sich wieder die Köpfe blutig

Wie aus Lima (Peru) gemeldet wird, ist es dort erneut zu blutigen revolutionären Unruhen gekommen. Das 5. Infanterie-Regiment unter der Führung des Offiziers gefangen und verurteilt, den Präsidentenpalast zu stürmen. Regierungstreue Truppen griffen jedoch noch rechtzeitig ein und trieben die Aufständischen durch Maschinen-gewehrfeuer in ihre Baracken zurück. Dabei wurden über 10 Soldaten getötet und viele verwundet. Die Aufständischen werden von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden. Ueber Lima ist das Kriegsrecht verhängt worden. Richtig wird vermutet, daß die Ursache der neuen Unruhen in kommunistischer Propaganda zu suchen sei. Die Straßenkämpfe dauerten mehrere Stunden. Schließlich hielten die Aufständischen eine weiße Flagge und ergaben sich bedingungslos.

Wettervorhersage.

In den nächsten beiden Tagen Wetterlage von einem Hochdruckgebiet beherrscht. Anlange bei Luftzufuhr aus nördlichen Richtungen noch verbreitet Nebelbildung und örtlich, besonders in den Gebirgen auch Nebelnebelbildung möglich. Nächste kühl bis zu stellenweise leichter Regen- und Nachtfrost. Im späteren Verlauf der Woche Vermehrung der Nebel und tagsüber dann wieder mild.

Sächsisches und Allgemeines Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Der winterliche Höhepunkt der Arbeitslosigkeit ist im Jahre 1931 einen halben Monat früher als im Vorjahre, nämlich am 15. Februar, mit 593 613 Arbeitsuchenden erreicht worden. Dies liegt vor allem daran, daß der Beschäftigungsstand im Baugewerbe in diesem Winter schon im Januar und Anfang Februar so niedrig war, daß bis Ende Februar ein stärkeres Ansteigen der Arbeitslosigkeit gar nicht mehr eintreten konnte. Seit dem Höchststand ist die Arbeitsuchendenzahl um 1,8 v. H. auf 582 781 gesunken. Ursache des Umschwungs ist jedoch nicht so sehr eine Belebung der Außenberufe, da diese sich durch den Witterungsrückschlag verzögert, sondern der Arbeitsmarkt findet zurzeit vorwiegend eine Stütze in der Saisonbelegung einiger Verbrauchsgüterindustrien, wie des Textil- und Bekleidungsgebietes. Noch nicht in allen Arbeitsamtsbezirken ist die Aufwärtsbewegung der Arbeitsuchenden zu einem Stillstand oder Umschwung gekommen. Es gibt eine große Anzahl Bezirke, in denen die Arbeitsuchendenzahl in der Zeit vom 1. bis 15. März 1931 noch gestiegen ist, so in Aue, Borna, Grimmitzschau, Dippoldswalde, Dresden, Freital, Grimma, Leipzig, Lugau, Meissen, Oelschlag, Oschatz, Pirna, Tschelchitz, Wurzen und Zwickau. Dies sind teilweise Bezirke, die von der Arbeitsmarktlage der Außenberufe stark abhängig sind oder solche, in denen die Arbeitsmarktlage einiger vorherrschender Zweige der Textil-, Holz- und Metallindustrie nach wie vor ungünstig blieb.

Die Bewegung der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der Zeit vom 1. März 1930 bis 15. März 1931 verzeichnete nach einem Abstieg von 278 160 am 1. März 1930 auf 182 154 am 31. Oktober 1930 einen Wiederanstieg auf 256 181 am 31. Januar 1931 und ist seitdem wieder rückläufig. Am 15. März 1931 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 236 610. Demgegenüber haben die Zahlen der Krüppelunterstützten und Wohlfahrtsverlustlosen das ganze Jahr über keine Verminderung erfahren. Vom 15. März 1930 bis 15. März 1931 betrug die Steigerung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krüppelunterstützung 221 v. H. und vollzog sich von 47 648 auf 152 937.

Der Beamtenabbau in Sachsen

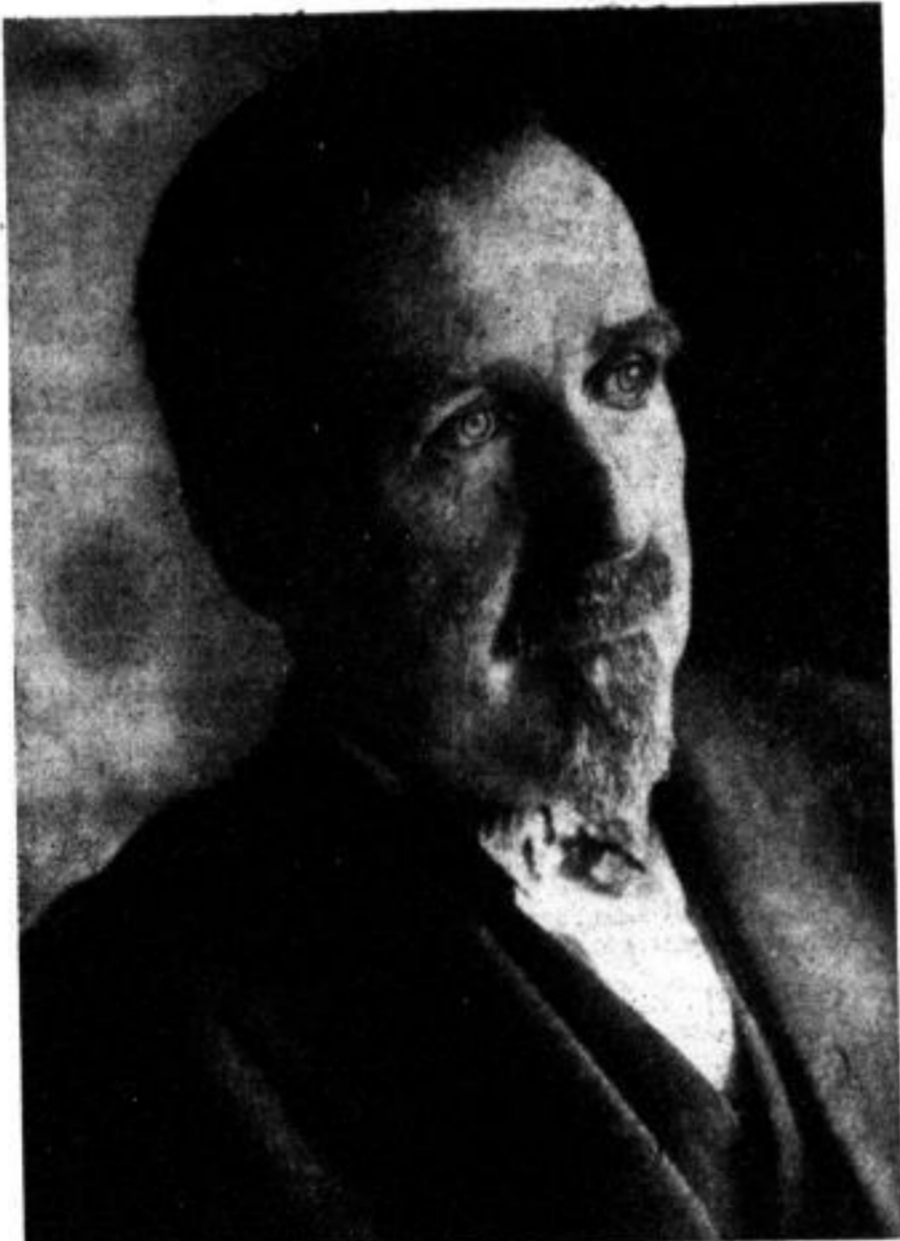
Nach dem sächsischen Haushaltsplane hat sich der Personalbestand der sächsischen Verwaltungen mit Ausnahme der werbenden Betriebe seit 1923 folgendermaßen verändert:

	1923	1929	1930	1931
Planmäßige Beamte	26 700	22 303	22 518	22 443
Nichtplanmäßige Beamte	2 653	4 379	4 328	4 356
Ständige Lehrer an Volks- u. Berufsschulen	14 855	14 864	14 864	14 861
Richtungslehrer an Volks- und Berufsschulen	3 335	2 094	2 094	2 091
Summe	46 543	43 700	43 804	43 754
Angestellte	2 110	2 755	3 311	3 445
Summe	48 653	46 455	47 115	47 199

Im Haushaltsplan für 1931 wird die Erhöhung der Zahl der Angestellten teils auf die Einziehung von Beamtenstellen, teils auf die Steigerung der Beschäftigung zurückgeführt. Die Zahl der Beamten ist seit 1923 um 2798 zurückgegangen, die des Gesamtpersonals nur um 1488. Die Zahl der Angestellten ist um 1335 gestiegen. Es sind also systematisch Beamte abgebaut und Angestellte dafür eingestellt worden. Nicht berücksichtigt ist in der Uebersicht, daß zahlreiche untere Beamtenstellen mit Verwaltungsarbeiten besetzt worden sind oder werden sollen.

Geschützte Pflanzen in Sachsen

Schon im zeitigen Frühjahr ist es notwendig, auf die Vögel der in Sachsen geschützten Pflanzen hinzuweisen, denn wer aus Unkenntnis einen der nachverzeichneten Schutzzinne beschädigt, pflückt, ausgräbt und dergleichen mehr, macht sich strafbar, da Unkenntnis nicht vor Strafe schützt. Ganz früh schon blüht der Seibeltrost oder Kletterhals, dann folgt die Frühlingsknotenblume (März: ecker), das Himmlischbläulchen, die Berg- oder Schneehelle, die blaue Osterblume oder das Federblümchen, die Auhelle. Später erscheinen die Schwertlilie und die Trollblume, die Finghuelle und die Anabenkräuter, der Färberwund, das Silberblatt, die Wasserrosen und das Wohlverleib oder Arnika, die Engländerin, der blaue Bergklee, die Feuerschraube und der Zumpfort. Tak außer diesen Pflanzen auch die Weidenbüschel geschützten Schutz genießen und der Abbau aller vernünftigen Naturfreunde anvertraut sind, soll immer wieder besonders betont werden, denn solange Palmsonntag noch nicht



Heinrich Mann 60 Jahre alt

Heinrich Mann wurde als Sohn eines Kaufmanns am 27. März 1871 in Lübeck geboren. Der Dichter ist ein Bruder von Thomas Mann. Studien in Deutschland und Italien bekehrten ihn in seinen schon früh vorhandenen Neigungen, sich ganz der Schriftstellerei zu widmen. Eine ganze Anzahl bekannter und vielgelesener Romane und Romanbände sind der Feder Heinrich Manns entflohen. Wir nennen davon „Der Tod der Tante“, „Die Jagd nach Liebe“, „Professor Unrat“, „Zwischen den Akten“ und seinen jüngsten Roman „Die große Sünde“. Durch die vielfach äußere realistische und pessimistische Tendenz seiner Werke und vor allem seine stark extremen politischen Äußerungen hat Heinrich Mann besonders in den Nachkriegsjahren stark umkampft dagestanden. Die Dichter-Akademie wählte den Schriftsteller vor kurzem an Stelle von Walter von Moio zum Präsidenten.

vorüber, wird an den armen Weidenbüschel arg geknabert, teils aus alter trauriger Gewohnheit, teils aus Dummheit. Wähen viele, daß sie mit dem Raub der Nisthöhlen der jungen Vögel den Nahrung nähmen, sie würden doch vielleicht die Finger davon lassen. — Die Pflanzenerschützerordnung des sächsischen Ministeriums des Innern war nötig, um eine Reihe schon äußerst selten gewordenen Gewächse der engeren Heimat vor völliger Ausrottung zu bewahren. Ja, man durfte sich dabei nicht einmal darauf beschränken, das Beschädigen oder Abpflücken zu verbieten, man mußte auch den Handel mit den Schutzzinnen verbieten; nicht einmal verschenken darf man sie, und wer sie im Garten zieht und damit handeln will, braucht dafür eine Bewilligung seiner Behörde.

Es ist zu hoffen, daß sich der Gedanke von der Rohmendigkeit dieses Pflanzenraubes in immer breiteren und weiteren Kreisen der Bevölkerung heimlich macht und daß alle, die guten Willens sind und ihre Heimat lieb haben, mitbilden, den Zweck, der der Verordnung zugrunde liegt, zu fördern, damit unsere einheimische Flora nicht noch mehr ihre schönsten und seltensten Vertreter einbüßt. Alle oben genannten Pflanzen unterliegen behördlichem Schutz.

Sächsischer gewerblicher Genossenschaftstag

Am 3. und 4. Mai hält der Landesverband gewerblicher Genossenschaften in



Luftfahrt-Studentinnen

In Amerika gibt es jetzt auch schon eine Hochschule für Luftfahrt, die sogar von einer ganzen Reihe junger Mädchen besucht wird. Unter Bild zeigt eine Gruppe der Konstruktionsklasse mit ihren selbstkonstruierten Flugzeugmodellen. Man sieht es den Modellen an, daß sie an der Bauei Freude haben, denn sie zeigen voller Stolz ihre Konstruktionen.

Sachsen in Mittweida seinen diesjährigen ordentlichen Verbandstag ab. Beteiligt ist für Sonntag, den 3. Mai, eine Sonderkonferenz der Kreditgenossenschaften mit Vortrag Dr. Langs, Mitglied der Anwaltschaft des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Berlin, über „Rechtsfragen im Geschäftsverkehr der Genossenschaftsbanken“ und Vortrag Dr. Conrad, Berlin über „Steuerfragen des Genossenschaftswesens“. Sonntag nachmittag wird eine Sonderkonferenz der Waren-genossenschaften stattfinden, die einen Vortrag von Dr. Lang-Berlin über „Rechtsfragen im Geschäftsverkehr der Waren-genossenschaften“ sowie einen Vortrag von Staatsminister a. D. Dr. Weber-Dresden über das Thema „Warum genossenschaftlicher Zusammenschluß im gewerblichen Mittelstand?“ bringen wird. Als Abschluß folgt Montag, den 4. Mai, der Hauptverbandstag, auf dem der Verbandsdirektor Dr. Baumann-Dresden den Geschäftsbericht vortragen wird. Weiterhin werden Professor Dr. Stein, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Berlin, über „Die heutige Lage der Genossenschaften“ sowie Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Professor Dr. Wiedenfeld-Leipzig über das Thema „Deutschland in der Weltwirtschaft“ sprechen.

Anstiegen der Elbe

Der in den letzten Tagen der vorigen Woche eingetretene Witterungsumschwung, der in Verbindung mit den am Sonntag und Montag niedergegangenen Regenfällen in allen Gebirgslagen zu rascher Schneeschmelze geführt hat, hat ein erhebliches Ansteigen der Gebirgsbäche und Flüsse zur Folge gehabt. Soweit die Elbe und deren größere Nebenflüsse in Böhmen in Frage kommen, ist seit Montag allorts ein rasches Anschwellen dieser Wasserläufe festzustellen. So führen Moldau, Eger usw. ganz erhebliche Wassermassen zu Tal, so daß auch im Dresdner Elbegebiet mit einem raschen Anschwellen des Flusses gerechnet werden muß.

Aus dem Lande

Annaberg. Schwere Schlägerei. Hier kam es, wie in einem Teile der gestrigen Auflage schon gemeldet, am Montagabend zu einer schweren Schlägerei zwischen einer SA-Abteilung der Nationalsozialisten, die einem bedrängten Spielmannszug zu Hilfe eilen wollten, und Kommunisten. Die Nationalsozialisten hatten vier Schwerverletzte, die Messerfische in Bauch und Rücken erhalten hatten und ins Bezirkskrankenhaus gebracht werden mußten. Die Zahl der Verletzten und der verurteilten Kommunisten ist unbekannt. Im Laufe der Nacht hielt die Polizei Hausdurchsuchungen bei Kommunisten ab und verhaftete im Laufe des Dienstagvormittags elf Kommunisten.

Bad Schandau. Große Unterschleife sind in der hiesigen Kirchengemeindervertretung zu Tage getreten, die sich der Kassierer, Kaufmann L., zuschulden kommen ließ. Es handelt sich um eine Summe von 19 000 RM., die L. unterschlagen hatte. Für Abdeckung der großen Schuld hat L. Sicherheiten beschafft.

Bautzen. Verhängnisvolle Folgen einer Schwarzfahrt. In der Nacht zum Dienstag entwendeten zwei junge Burchen von hier auf einem hiesigen Parkplatz ein Motorrad und unternahmen damit eine Schwarzfahrt. Sie wurden später auf der Hobersterwälder Straße schwer verletzt aufgefunden. Das Motorrad war gegen einen Straßenbaum gefahren. Der eine der beiden Burchen hatte einen Oberschenkelbruch, der andere schwere Kopfverletzungen erlitten.

Bodenbach a. E. Sturz von der Schäferwand. Die 20jährige Kontoristin E. aus Allgersdorf stürzte sich in selbstmörderischer Absicht von dem 25 Meter hohen Westfelsen der Schäferwand ab. Man vermutet Liebeskummer als Grund zur Tat. Die Unglückliche blieb mit lebensgefährlichen Verletzungen liegen und wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Beerwalde. Waldbrand durch spielende Kinder. Ein 13jähriger Knabe, der mit Zündhölzern spielte, verursachte auf Höfener Flur einen gefährlichen und umfangreichen Waldbrand. Die Ortswehren von Beerwalde und Höfchen sowie die Fabrikfeuerwehr aus Kriesstein, die mit ihrer Autospritze am Brandplatz erschienen war, hatten mehrere Stunden zu tun, ehe sie der Flammen Herr wurden.

Ramenz. Todesfall. Im Alter von 73 Jahren ist Sonntag nacht die Priorin des Klosters Marienstern Ruzia Schwarzbach gestorben.

Leipzig. Attentat auf offener Straße. Am Montagabend wurde an der Ecke Tor-gauer und Gwallstraße die 54 Jahre alte

Musiker-Anekdoten

Zusammengestellt von Gotthard Brodt.

Bitte sehr, nach Ihnen!

Schallapin, der berühmte russische Sänger, war auch schon vor dem Sturz des zaristischen Regimes in Russland sehr geschätzt. Einst wurde er von einer verwitweten Fürstin zu einem Essen geladen, an dem auch zahlreiche Offiziere mit ihren Damen teilnahmen. Er hatte der Fürstin ihren Namen teilschreiben. Am Abend durch ein Lied vorzuführen, aber dann bald bemerkt, daß man ihn nur zur Unterhaltung der Gäste eingeladen hatte. Man wollte nicht nur mit ihm renommieren, sondern auch noch das Honorar für den Künstler sparen, wie es damals in den russischen gesellschaftlichen Kreisen der Vorkriegszeit allgemein üblich war. Als Schallapin das bemerkte, wurde er sehr ungehalten und beschloß, sich zu rächen. Als dann die Fürstin ihn während des Essens heimlich laut fragte, ob er nicht bald das verlorene Lied singen würde, antwortete er ebenso laut: „Jawohl, Fürstin, sobald der Herr Kritikerfeind, der mir gegenübersteht, den ersten Schuß zu unserer Unterhaltung eigenhändig abgefeuert haben wird.“

Paganinis Geiz.

Es ist viel über den großen Geigenvirtuosen Paganini geschrieben worden, aber es dürfte trotzdem nahezu unbekannt sein, daß der weltberühmte Künstler zu den geizigsten Menschen seiner Zeit gehörte. Seine Habsucht war grenzenlos und wuchs — soweit das überhaupt noch möglich war — ständig mit seinen Erfolgen.

Einmal wohnte er nun während seines dreimonatigen Aufenthaltes in London bei seinem Anwalt Dr. Loveday und wurde mit seinem Sohn Achille, den er überall mit sich nahm, in jeder Weise verwöhnt. Achille erhielt sogar von der Tochter des Anwalts kostenlosen Unterricht in den verschiedensten Sprachen und Dr. Loveday rechnete es sich seinerseits zur Ehre an, für seinen berühmten Gast sämtliche juristischen Arbeiten ohne Berechnung zu erledigen. Als aber Paganini dann später in Paris die Tochter Dr. Lovedays wiedertraf und ihr eine kurze Zeit lang Musikunterricht erteilt hatte, bekam es der mit den höchsten Honoraren seiner Zeit begabte Künstler fertig, an seinen Londoner Gastgeber folgenden Brief zu schreiben:

„Herrn Dr. Loveday! Ich muß Ihnen meine Bewunderung darüber zu erkennen geben, daß Sie so wenig daran denken, Ihre Schuld gegen mich zu entrichten. Diese Nachlässigkeit nötigt mich; Ihnen die Umstände in Erinnerung zu bringen, die Sie nicht vergessen haben sollten, und ich lege Ihnen also meine kleine Rechnung mit der Bitte vor, dieselbe sobald als möglich zu berichtigen:

Für zwölf Lektionen, Ihrem Fräulein Tochter die Art, wie sie die Kunst auszubilden habe und den Sinn der Noten begrifflich zu machen, die sie in

meiner Gegenwart spielte 3 000 Franken
Für mein eigenes „Schmaltes“
Spielen verschiedener Musik-
stücke zu verschiedenen Zeiten 24 000 Franken
Summa: 27 000 Franken

N.B. Ich rechne dabei den Unterricht nicht, den ich Ihrer Tochter im Gespräch bei Tisch gegeben habe.

Ich bitte Sie also nochmals, diese kleine Rechnung bald zu bezahlen, da ich sonst genötigt sein würde, andere Maßregeln zu ergreifen.

Nicola Paganini.“

Ueber diesen Mahnbrief geriet Dr. Loveday naturgemäß in nicht geringe Eut und schickte postwendend folgende Rechnung an Paganini als Antwort ab:

„Honorar für meine Arbeiten
als Ihr Advokat 18 000 Franken
Für 60 Lektionen, die Miß
Clara Loveday Herrn Achilles
Paganini gegeben 19 000 Franken
Summa: 37 000 Franken

Ich ersuche Sie, diese kleine Rechnung bald zu bezahlen, da ich sonst genötigt wäre, andere Maßregeln zu ergreifen.

Dr. Douglas Loveday.“

Diesen Brief hat Paganini nicht beantwortet und auch die restlichen 11 000 Franken niemals bezahlt; denn Paganini fiel nichts schwerer als sich von seinem Gelde zu trennen.

Der Geiz war dafür aber die einzige „un-künstlerische“ Eigenschaft des großen Italieners.

Spielplan der Dresdner Theater

Opernhaus
Donnerstag (7): Die Frau ohne Schatten. An-
rechsreihe u. B. B.: 5402-5500.

Schauspielhaus
Donnerstag (8): Der Gwiffenswurm. Für die
Dresdner Theatergemeinde des Bühnenvolks-
bundes. Kein öffentl. Kartenverkauf. B. B.
Gr. 1: 5901-6200, 6401-6800, 7101-7300,
11 501-11 825.

Albert-Theater
Donnerstag (8): Roter Lampe. B. B.: 3326 bis
3350. B. B. Gr. 1: 5901-5900.

Die Komödie
Donnerstag (14): Grand Hotel. B. B.: 4901 bis
4980. B. B. Gr. 1: 8201-8300.

Residenz-Theater
Donnerstag (8): Wiener Blut. B. B. Gr. 1:
1101-1200.

Central-Theater
Donnerstag (8): Die Fledermaus. B. B.: 5781
bis 5780. B. B. Gr. 1: 10 501-10 900.

Klischees abholen!
Wir bitten unsere Interessenten in ihrem
eigenen Interesse, die uns für den Ab-
druck von Anzeigen übergebenen und
nicht mehr zur Verwendung kommen-
den Klischees sofort nach Erlei-
gung des Auftrages wieder abzuholen.

Wir reparieren prompt und billigst
Auto-Reparatur
Dipl.-Ing. K. v. Larisch und K. Hänel
Dresden - A. 1, Pirnaische Straße 57

Zinshaus oder Zinsvilla
In Dresden aber Umgebung liefert zu festen
Preisen. Nur ausführliche Angebote. Vermittler
angewiesen. Offert. unt. R. 6. 100 an die
Zeitungsbüro. Dresden, Christianstraße 24.

Nütze die Vorteile!
Die seit 90 Jahren bestehende
Städtische Sparkasse Tharandt
— fünf Minuten vom Bahnhof —
gewährt I. Spareinlagen günstige Verzinsung.
Geöffnet täglich 8-1 Uhr und 3-4 Uhr.
Sonnabends 8-12 Uhr.
Postcheckkonto Dresden Nr. 667.
Spar Girokonto.

Berufsbekleidung
Lehrlingsausstattungen für alle Berufe
in größter Auswahl, bester Ausführung
und billigsten Preisen bei
A. ALTUS
Dresden-A., Große Brüdergasse 43, II.
man achte genau auf
Firma u. Hausnummer **43**
Im Hause von Stahlwaren-Mercur
Gegründet 1870 Fernspr. 10604

Anzug oder Mantel
nach Maß mit Stoff von Mt. 35 an
Gute Passform, prima
Arbeit, auch Teilzahlung
A. Weps
Dresden, Josephinenstr. 9, II.
Feine Maßschneiderei

Hypothesen Baugelder
Geschäftsdarlehen
erhalten Sie sofortige durch
Weico-Immobilien, Dresden
Droger Straße 21, I. Tel. 27 575.

Nähmaschinen
einmal zurückgenommen, so gut wie neu,
verkauft selten billig. Anfragen unter
R. St. 87, Stoff-Verlag, Dresden.

Künstliche Düngemittel
Thomasmehl, Superph., Kalisalz (40-42%),
Knochenmehl, Schwefel, Kalimagnesia, Ammo-
niak-Superph., Peruanano, Nitrophoska,
Schwefel, Ammoniak, Natriumsulphat, Kalisul-
fat, Hornmehl, Hornspäne, Kohlen u. Kehl-
taut, Torfmaul, Chalk, Karbolinsäure, Gedü-
bel, Unkrautvernichtungsmittel, feinstes Saat-
taut, frühe u. späte, liefert prompt u. preisw.
Paul Erdmann, Dresden-Wachwitz,
Düngemittel, Baumaterial, u. Kohlen-
handlung, Ruf 37 713. Gegr. 1893.

Reinste Schlemmer-Butter
(Markenbutter) versendet täglich frisch an Pri-
vate und Großverbraucher in Postpaketen, in
1-Pfund-Einheiten, geteilt oder im Block
Nachnahme zum billigsten Tagespreis.

Spezialbutterverhandlung Nordland
Schwedenhof bei Rappeln (Schlei).

Standlanger, verschiedene Systeme
liefert auf Teilzahlung. Fritz Hauschenbach Koch
Dresden-A., Ringstr. 4. Ruf: 17083, 12171

70 000 Mt. auszuleihen
aus Privat und 1. oder 2. Hypothek oder zu
Beliebigem, wenn Sicherheiten geboten
werden. Offerten unter R. 2. 100 an die
Zeitungsbüro. Dresden, Christianstraße 24.



Warum wollen Sie für fachmänn. genau geprüfte
Schweizer Qualitäts-Uhren
bis 50%
mehr bezahlen als bei uns?
Diese Vorteile bieten wir durch direkten
Einkauf ab Fabrik und durch Vermeidung
hoher Kosten für Ladenmiete usw.
Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit:

Echte Silber-Lunette, 10 Steine 7.50
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine 10.00
Gold-Doublet, 10 J. Gar., 10 Steine 11.00
Echt Gold, 585 gest., 10 Steine 17.75
Echt Gold, 585, ff. Ankerwerk 22.75

Platin, 10 Steine m. Lederband 11.00
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine 12.75
Gold-Doublet, 10 J. Gar., 10 Steine 14.75
Echt Silber, 800, ff. Ankerwerk 15.75

Platin, 10 Steine, Leuchtzahlen 13.00
Echt Silber, 830 gest., 10 Steine 13.75
Dieselbe, ff. Ankerwerk, 15 Rub 19.75
Armbanduhren mit minderwertigen Werken
ohne Steine führen wir nicht.

350 Muster 5-300 Mark
Eigene Reparatur-Werkstätte
Präzision-Versand
G. m. b. H.
Dresden, Amalienstr. 13, 2.
Verkaufsstellen:
Leipzig, Neumarkt 24; Halle a. S., Gr. Ulrich-
straße 63; Magdeburg, Breiter Weg 38;
Hannover, Bahnhofstraße 67; Breslau,
Schweidnitzer Straße 54.
Katalog mit 240 Uhren gratis durch unsere
Zentrale Dresden, Amalienstraße 13.
Direkt Versand an Private.

Ein Riesenerfolg der Qualität...

Einen solchen Ansturm haben die
Läden kaum je erlebt! In vielen
Fällen war Sanella schon nach
ein paar Stunden restlos ausver-
kauft... Aber das ist ja auch
erklärlich: noch nie gab es eine
so wundervolle Margarine zu so
niedrigem Preis! Von vielen tau-
send Hausfrauen wird jetzt Sa-
nella begeistert verbraucht. Über-
zeugen Sie sich selbst und auch
Sie werden zufrieden sein.

Sanella
MARGARINE
DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE
35,-
das 1/2-Pfund

GELD
für jeden Zweck ab 200 M.
Anp. 1., 2., 3. Stelle, Kauf-
u. Betriebszweck, Scheff.
Wer. für Scheff. Kassen-
scheine, Wechsel, etc.
Carl Schmidt, Dresden,
Werderstraße 26.

Fahrräder
neu, von Mt. 50, 75 bis 120,
geb. von Mt. 30, 35 bis 50.

Ballonbereifung
selbst für 28 x 1 1/4 und
28 x 1 1/2 x 1 1/4.
Mantel: 2.20, 2.30, 2.75
Schläuche: 2.20, 2.30, 2.75
Ketten: 1.50, 2.50, 3.50
Cassette: 2.20, 3.00, 3.50
Pedale: 1.20, 2.00, 2.50
Cappspinn: 0.30, 0.75, 1.00
Schaltl.: 0.20, 1.00, 1.50
Sattelst.: 0.20, 0.75, 0.90
verkauft

Stiel, Dresden,
Werder Straße 43.

Seine Eltern
haben Silberhochzeit
Du mußt den Herrn kaufen bei
Stiel, Dresden, Schillerstr. 12
Tel. 1018, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Gebrauchte Fahrräder
gut erhalten, 26, 30, 45 und 50 Mt., verkauft
Krauses Fahrzeughaus, Dresden, Freiburger
Platz 1, Freiberg, Str. 123 u. Erielen, Str. 23

Wendblech-Garage
für Kleinkraftwagen zu kaufen gesucht.
Offerten unter St. 800 an den Stoff-
Verlag, Freital, erbeten.

Zufriedenheit
und glückliches Gleichmaß im
täglichen Le-
ben erreichen auch Sie
Ihre wertvollen Hausfrauen u. Jungesellinnen
durch den Bezug meiner
kostenlosen
interessanten Informations-
Postkarte genügt, an
Gustav Debou
Vertrieb pharm.-koss. Präparate u. Artikel zur Körperkultur
Dresden-A. 1, Wilsdruffer Straße 30, III.

50335
Kanal der Stromschnellen-
Reparatur.
Bereitstellung u. Zuführung
Rufst-Loch
Dresden - Neustadt 73,
Mühlstraße 5 und 70

8/32-Selwe-
Personenwagen
Stück, für Fleischer
besonders geeignet,
Preis RM. 600,-,
verfüglich.
Fernsprecher Dresden
17880.

D-Rad
500 ccm, guterhalten,
zu verkaufen.
Wihelm Kohl,
Südendorf Nr. 88.
Interessen
bringt Gewinn!

